

Bildungspfade in der Schweiz

Der zweite nationale Bildungsbericht liegt vor – eine Grundlage und Hilfe für bildungspolitische Entscheide

Nach dem Pilotbericht von 2006 und der Ausgabe von 2010 liegt der zweite offizielle nationale Bildungsbericht vor. Rund 300 Seiten stark, liefert er die Basis für Beurteilung und Steuerung des Bildungssystems.

Michael Schoenenberger

Für den eiligen Leser ist das Werk nicht geschrieben, erfordert die Vertiefung in den Bildungsbericht 2014 doch Zeit und Musse. Wer sich jedoch in nützlicher Frist mit Eckdaten des Schweizer Bildungssystems von der Vorschule bis zur Tertiärstufe vertraut machen möchte, findet hier auf rund 300 Seiten ein gebündeltes Wissen vor, das ihn weiterbringen wird. Die Bildungsberichte, erstellt im Auftrag von Bund und Kantonen, sind jedoch nicht einfach «Weiterbildungsinstrumente» für Öffentlichkeit und Bildungsaffine, sondern verfolgen das Ziel, in der Schweiz ein wirksames Bildungsmonitoring zu etablieren. Die systematische, wissenschaftliche und dauerhafte Beschaffung und Auswertung von Informationen über das Bildungssystem soll letztlich eine evidenzbasierte Bildungspolitik und die auf Fakten beruhende Steuerung des Systems ermöglichen.

Effizienzmessung schwierig

Einleitend hält Projektleiter Stefan C. Wolter fest, beim Bildungsbericht gehe es um das Zusammentragen aller relevanten Informationen, nicht um die Bewertung des Systems – oder gar um das Vorschlagen von Massnahmen. Jedoch folgen aus bildungsökonomischen Auswertungen von Daten natürlich relativ schnell Aussagen zur Effizienz eines Bildungsangebots, und von dort drängen sich gewisse Massnahmen und Mittelzuteilungen dann auf. Der Bildungsbericht 2014 hält sich mit Aussagen zur Effizienz zurück und weist an verschiedenen Orten auf die Problematik der Messung ebendieser hin. Aufgrund fehlender Daten könnten für Vorschule und Primarstufe eigentlich keine Effizienzaussagen gemacht werden, heisst es zum Beispiel. Weniger ausgeprägt gilt dies auch für die Sekundarstufe I, wo der Bericht auf mögliche Verfälschungen von Effizienzvergleichen hinweist.

Interessant wäre etwa, zu erfahren, ob die stets gelobte berufliche Grundbildung tatsächlich auch effizient ist, ob



Das Bildungsniveau in der Schweiz ist gestiegen, die Zahl der tertiären Abschlüsse nimmt zu.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

sie also zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes mehr beiträgt als andere Bildungsformen. Diese Frage sei heute nicht abschliessend zu beantworten, heisst es im Bildungsbericht. Als positives Faktum wird aber darauf hingewiesen, was die Schweiz mit ihrem dualen Berufsbildungssystem von anderen Ländern unterscheidet: Hier können Schulabgänger entsprechend ihren Fähigkeiten zwischen verschiedenen Bildungsformen wählen, und diese weisen bezogen auf ihre Ziele jeweils eine ähnliche Qualität auf.

MINT, Quoten, Berufsbildung

Bezogen auf aktuelle Debatten in der Bildungspolitik finden sich im Bericht 2014 einige interessante Passagen.

► **MINT-Fachkräftemangel.** Es zeigt sich, dass die Belegung eines MINT-Schwerpunktfachs im Gymnasium positive Folgen hat für die Wahl eines MINT-Studiums. Die Gymnasien könnten hier also einiges beitragen. Der Fachkräftemangel in diesen Bereichen hat übrigens wenig mit der Zunahme der Mädchenquote an Gymnasien zu

tun. Würden nämlich Medizin und Pharmazie, zweifellos Fächer, die ähnliche Kompetenzen wie viele MINT-Fächer voraussetzen, in die Definition von MINT einbezogen, verschwände der Geschlechterunterschied komplett. Der Bericht folgert: «Um die Anzahl der MINT-Studierenden zu erhöhen, müsste vor allem die Anzahl Schülerinnen und Schüler in einem MINT-Schwerpunktfach erhöht werden.» Stei-

gende Maturitätsquoten ohne gleichzeitige Erhöhung der MINT-Kapazitäten hätten, so der Bericht, einen nur geringen Einfluss auf die Behebung des Fachkräftemangels.

► **Chancengerechtigkeit.** Die Wahrscheinlichkeit der Aufnahme eines Tertiärstudiums wird stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Kinder aus Akademikerfamilien finden häufiger an die Hochschule – was natürlich viele «aus-

Bessere Schüler dank Personenfreizügigkeit

msc. · Seit dem Jahr 2000 steigt das Bildungsniveau in der Schweiz an. Jeder dritte Erwachsene im erwerbsfähigen Alter verfügt heute über einen tertiären Abschluss, gegenüber jedem vierten vor zehn Jahren. Wie der Projektleiter Stefan C. Wolter vor den Medien in Bern deutlich machte, hängt dies auch mit der Personenfreizügigkeit zusammen. So sind seit der Liberalisierung der Zuwanderungspolitik bekanntlich mehr gut und sehr gut qualifizierte Personen in die Schweiz eingewandert. Deren Kinder liessen auch das Niveau der Schulabgän-

ger im Vergleich zu vor zehn Jahren markant und messbar steigen. Noch ein weiteres Ergebnis des Bildungsberichts 2014 muss zu denken geben: So beginnen zwar 94 Prozent der gymnasialen Maturanden ein Hochschulstudium, aber nur 50 Prozent machen einen universitären Master. «Da gehen zu viele verloren», sagte Wolter und sprach von einer Röhre mit vielen Löchern. Eine Lösung könnte sein, die Maturanden besser auf die Wahl ihres weiteren Berufs- oder Bildungswegs sowie auf das Universitätsstudium vorzubereiten.

Hoher Nutzen

Ein letztes Kapitel widmet sich dem Nutzen von Bildung. Auch wenn man das meiste weiss, kann es nicht schaden, es in Erinnerung zu rufen. So wirkt sich Bildung für den Einzelnen positiv auf Erwerbstätigkeit und Lohn aus, bringt jedoch auch einen gesamtgesellschaftlichen monetären Nutzen in Form höherer Wirtschaftswachstums und höherer Steuererträge. Erwähnung findet sodann der nichtmonetäre Nutzen von Bildung, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Lebenszufriedenheit und Glück, politische Partizipation – und Kriminalität.

Note 5 für Schweizer Entwicklungshilfe

Länderexamen der OECD findet Lobenswertes, aber auch einige Haare in der Suppe

Die Schweiz leiste gute Entwicklungshilfe, doch es könnte noch mehr sein. Andere Bereiche wie die Landwirtschaftspolitik und die Steuerpolitik seien zudem stärker mit Entwicklungszielen zu vereinbaren. Dies sagt der neuste OECD-Länderbericht.

hus. Bern · Länderexamen unter dem Dach internationaler Organisationen gehören mittlerweile in vielen Bereichen zum Standard – von der Wirtschafts- und Finanzpolitik über das Gesundheitswesen, die Steuertransparenz und die Geldwäschereibekämpfung bis zur Entwicklungshilfe. Die Bandbreite der Noten für die Schweiz ist dabei ziemlich gross – von ungenügend in der Steuertransparenz bis zu sehr gut in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. In der Entwicklungshilfe liegt die Schweiz zwischen diesen Extremen, wohl in der Nähe der Note 5. Dies geht aus dem am Dienstag publizierten Länderbericht des Entwicklungsausschusses der OECD hervor.

Der Präsident des Ausschusses, der frühere norwegische Entwicklungshilfe-

und Umweltminister Erik Solheim, fand vor den Medien in Bern manch lobende Worte zur Schweiz. Das Land leiste gute Entwicklungshilfe, habe funktionierende Institutionen, einen weltweit hervorragenden Ruf und erhalte auch von den Empfängerländern gute Noten.

Es darf noch mehr sein

Die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf jährlich 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens ab 2015 fand ebenfalls lobende Erwähnung. Doch die Schweiz sollte noch mehr tun, betonte Solheim. Das Ziel der Uno liegt bei jährlich 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die Schweiz lag 2012 mit 0,45 Prozent auf Rang 10 unter zwei Dutzend Vergleichsstaaten; der Durchschnitt aller Vergleichsländer betrug 0,3 Prozent.

Der von Vertretern aus Neuseeland und Südkorea verfasste Bericht zur Schweiz fand wie schon der vorangegangene Länderbericht von 2009 einige Haare in der Suppe. So sei die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz zu breit gestreut und könne durch eine stärkere Konzentration effektiver werden. Die entwicklungspolitische Or-

ganisation Alliancesud kritisierte, dass Schweizer Entwicklungshilfe für ausenpolitische und wirtschaftliche Interessen zweckentfremdet werde.

Landwirtschaft und Steuern

Der OECD-Bericht deutet diplomatisch an, dass die Schweiz Gefahr läuft, ihrer Arbeit in der Entwicklungshilfe durch entwicklungspolitisch ungünstige Haltungen in anderen Politikbereichen entgegenzuwirken. So verweist der Bericht auf die hohen Importzölle und Subventionen zum Schutz der Schweizer Landwirtschaft. Auch die in anderen OECD-Examen erwähnten Mängel bezüglich Steuertransparenz kommen hier wieder zur Sprache. Immerhin erwähnt der Bericht, dass die Schweiz gewillt sei, die internationalen Standards zu erfüllen.

Das Papier mahnt auch an, dass die Schweiz die globalen Konzerne mit Schweizer Sitz zur Erfüllung hoher Umwelt- und Sozialstandards motivieren könne bzw. solle. Der Bundesrat hatte vor Jahresfrist in seinem Rohstoffbericht den Kurs bestimmt: Demnach will er sich für schärfere internationale Standards einsetzen, strebt aber keine Schweizer Sonderregeln an.

IN KÜRZE

Kampagne gegen Hass im Internet

(sda) · Die Schweiz beteiligt sich am «No Hate Speech Movement» des Europarats. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände hat vom Bundesamt für Sozialversicherungen den Auftrag erhalten, im laufenden Jahr entsprechende Aktivitäten durchzuführen, wie das Bundesamt am Dienstag mitteilte. Ziel der Kampagne ist es, rassistische Kommentare und Diskriminierungen im Internet zu bekämpfen und Jugendlichen zu helfen, für die Menschenrechte einzustehen.

«Versorgte» rehabilitieren

(sda) · Das Unrecht, das Opfern fürsorglicher Massnahmen bis in die 1980er Jahre widerfahren ist, soll gesetzlich anerkannt werden. Nach dem Nationalrat stimmte auch die Rechtskommission des Ständerats einem entsprechenden Gesetz zu. Es rehabilitiert sogenannte administrativ Versorgte, die wegen «Arbeitscheu», «lasterhaften Lebenswandels» oder «Liederlichkeit» ohne Gerichtsurteil weggesperrt worden waren. Die Rechtskommission fällt den Entscheid einstimmig.

Terrorismusbekämpfung stärken

(sda) · Die Verkehrskommission des Nationalrats will das Übereinkommen

von Peking ratifizieren, das der Terrorismusbekämpfung in der Luftfahrt dient. Sie hat sich ohne Gegenstimme für die Vorlage ausgesprochen. Das Übereinkommen verschärft die internationalen Strafbestimmungen in der Zivilluftfahrt. So wird etwa der widerrechtliche Transport gewisser gefährlicher Waren und flüchtiger Terroristen mit zivilen Luftfahrzeugen unter Strafe gestellt. Für die Passagiere ändert sich mit dem Abkommen nichts.

Neue Fachzeitschrift zur Spitex

(sda) · «Spitex Magazin» heisst die neue Fachzeitschrift der Non-Profit-Organisation Spitex. Sie löst den bisherigen «Spitex Schauplatz» ab und erscheint erstmals am kommenden Freitag. Herausgegeben wird die Fachzeitschrift vom Spitex-Verband Schweiz. Das Magazin deckt neu die ganze Schweiz ab. Es erscheint in Deutsch sowie Französisch und enthält einen italienischsprachigen Beihefter, wie der Spitex-Verband Kanton Zürich mitteilte. Themen sind gesundheitspolitische Fragen im Zusammenhang mit Hilfe und Pflege zu Hause. Wie die Vorläufer-Publikation erscheint das neue Magazin sechsmal pro Jahr. Als zusätzliche digitale Plattform dient die dreisprachige Website www.spitexmagazin.ch.